

**Wirtschaftliche Einheiten im  
europäischen Kartellprivatrecht**

Eine rechtsvergleichende Studie zur Haftung von  
wirtschaftlichen Einheiten im deutschen und englischen  
Schadensersatzrecht für Verstöße gegen  
europäisches Kartellrecht

**Dissertation  
zur Erlangung des akademischen Grades  
doctor iuris (Dr. iur.)**

vorgelegt dem Fakultätsrat der Rechtswissenschaftlichen  
Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena

von Rene Thomas Wieser

# Inhaltsverzeichnis

A. Problemstellung . . . . .	27
B. Europarechtliche Vorgaben zur Haftung von wirtschaftlichen Einheiten als schadensersatzrechtliche Anspruchsgegner – Schaffung eines harmonisierten Kartellschadensersatzrechts . . . . .	33
I. Grundlagen zur kartellrechtlichen Verantwortlichkeit von Unternehmen als wirtschaftliche Einheit . . . . .	35
1. Definition des Unternehmens als wirtschaftliche Einheit . . . . .	35
a) Autonomer Unternehmensbegriff des Europäischen Kartellrechtes . . . . .	35
b) Unternehmen als funktionale, wirtschaftliche Einheit . . . . .	35
c) Allgemeine Voraussetzungen für die Unternehmenseigenschaft . . . . .	36
2. Kriterien für eine wirtschaftliche Einheit . . . . .	38
a) Konkretes Verhalten am Markt als hinreichendes Kriterium einer wirtschaftlichen Einheit . . . . .	40
(1) Farbstoffe-Entscheidung . . . . .	40
(2) Commercial-Solvents-Entscheidung . . . . .	41
b) Auflockerung der strikten Beweisführung in der AEG-Telefunken-Entscheidung . . . . .	42
c) Personenidentische Leitung und die Entwicklung der Vermutung der tatsächlichen Kontrollausübung aufgrund struktureller Verflechtungen (Hydrotherm-Entscheidung) . . . . .	43

d)	Haftung trotz fehlender Rechtspersönlichkeit – endgültige Verschmelzung der Begriffe Un- ternehmen und wirtschaftliche Einheit . . . . .	45
(1)	Dansk-Rørindustri-Entscheidung . . . . .	45
(2)	Tankstellenverträge-Entscheidung . . . . .	46
e)	Noch keine allgemeine Vermutungswir- kung aufgrund struktureller Verflechtungen (Stora-Entscheidung) . . . . .	48
f)	Allgemeine Vermutungswirkung aufgrund struktureller Verflechtungen (Akzo-Nobel- Entscheidung) . . . . .	50
g)	Zusammenfassung . . . . .	51
3.	Konsequenzen für die Entscheidungsbegründung der Kommission (L’Air-Entscheidung) . . . . .	53
4.	Zusammenfassung . . . . .	54
II.	Historische Entwicklung des kartellrechtlichen Privata- te Enforcement in Europa . . . . .	55
1.	Entwicklungen aufseiten der Kommission bis zur EuGH-Entscheidung Courage v Crehan . . . . .	57
a)	Römische Verträge und Deringer-Report von 1962 . . . . .	57
b)	Bekanntmachung der Kommission von 1993 . . . . .	58
c)	Weißbuch der Kommission von 1999 . . . . .	59
2.	Entwicklung der Rechtsprechung der Unionsge- richte bis zur Entscheidung Courage v Crehan . . . . .	60
a)	Francovich-Entscheidung des EuGH von 1991 . . . . .	60
b)	Automec-II-Entscheidung des EuG von 1992 . . . . .	61
3.	Die Entscheidung des EuGH in den Rechtssach- en Courage v Crehan und Manfredi . . . . .	62
a)	Der Entscheidung zugrunde liegender Sach- verhalt . . . . .	63
b)	Auslegung des Europäischen Kartellrechtes durch den EuGH . . . . .	64
c)	Manfredi-Entscheidung des EuGH als Kon- kretisierung . . . . .	66
4.	Die Entwicklung aufseiten der Kommission bis zum Entwurf für die EU-Richtlinie 104/2014/EU . . . . .	67
a)	Grünbuch der Kommission vom 19. Dezem- ber 2005 . . . . .	69

(1) Anlass und Grundlage für das Grünbuch	69
(2) Inhalt und rechtliche Erwägungen des Grünbuchs . . . . .	70
b) Weißbuch der Kommission vom 2. April 2008	70
(1) Zielsetzung des Weißbuchs . . . . .	70
(2) Inhalt und rechtliche Überlegungen des Weißbuchs . . . . .	71
(3) Besonderheiten im Verfahren . . . . .	72
c) Richtlinienentwurf der Kommission vom 11. Juni 2013 . . . . .	72
(1) Zielsetzung und rechtliche Rahmenbedingungen . . . . .	72
(2) Rechtliche Grundlage für die Richtlinie . . . . .	73
(3) Inhalt und rechtliche Erwägungen . . . . .	73
5. Behandlung im Europäischen Parlament und im Rat . . . . .	75
III. Europarechtliche Regelung zur schadensersatzrechtlichen Haftung eines Unternehmens als wirtschaftliche Einheit . . . . .	77
1. Europarechtliche Regelungen zur Gewährung eines kartellrechtlichen Schadensersatzes vor der Richtlinie 2014/104/EU . . . . .	77
2. Übertragung der kartellbußgeldrechtlichen Haftung auf die Schadensersatzhaftung . . . . .	78
a) Haftung von wirtschaftlichen Einheiten nach Art. 23 Abs. 1 VO (EG) 1/2003 im Europäischen Kartellbußgeldrecht . . . . .	78
b) Übertragbarkeit der Grundsätze auf die zivilrechtliche Haftung für Schadensersatz . . . . .	79
(1) Regelungslücke im kartellrechtlichen Schadensersatzrecht . . . . .	80
(2) Analoge Anwendbarkeit des Art. 23 VO (EG) 1/2003 . . . . .	81
(3) Zusammenfassung . . . . .	82
3. Regelungen der Richtlinie 2014/104/EU in Bezug auf den schadensersatzrechtlichen Anspruchsgegner . . . . .	82
a) Europarechtlicher Unternehmensbegriff im nationalen Kartellschadensersatzrecht . . . . .	82

(1) Regelungsinhalt der Richtlinie 2014/104/EU . . . . .	82
(2) Ursprung des Regelungsinhaltes . . . . .	82
(a) Änderung der Entwurfsfassung im ECON-Ausschuss des Europäischen Parlamentes . . . . .	83
(b) Inhalt der Trilog-Verhandlungen be- züglich der Regelung in der Aus- schuss-Fassung . . . . .	83
(c) Auslegung der Regelung in der Richt- linie . . . . .	84
(d) Folgen für die Umsetzung in das na- tionale Recht . . . . .	85
b) Gesamtschuldnerische Haftung innerhalb der wirtschaftlichen Einheit . . . . .	85
(1) Europarechtliche Regelung zur gesamt- schuldnerischen Haftung . . . . .	85
(a) Allgemeine europarechtliche Rege- lung und Übertragbarkeit auf Haf- tung innerhalb einer wirtschaftli- chen Einheit . . . . .	85
(b) Regelungen der Richtlinie 2014/104/EU	86
(2) Übertragbarkeit auf die Haftung inner- halb einer wirtschaftlichen Einheit . . . . .	87
4. Vorgaben für die Umsetzung ins nationale Recht .	88
a) Richtlinie als Mittel der Harmonisierung . . .	88
b) Umsetzungsfrist . . . . .	89
c) Auswahl der Mittel zur Umsetzung . . . . .	90
5. Zusammenfassung . . . . .	90
IV. Bindungswirkung von Feststellungsentscheidungen der Wettbewerbsbehörde . . . . .	90
1. Vereinbarkeit einer Bindungswirkung mit Grund- rechtecharta und der Europäischen Menschen- rechtskonvention (EMRK) . . . . .	91
a) Vereinbarkeit mit Art. 47 der Grundrecht- echarta der Europäischen Union . . . . .	91
b) Vereinbarkeit mit Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention . . . . .	92

(1)	Rechtsnatur der Europäischen Menschenrechtskonvention . . . . .	92
(a)	Die Europäische Menschenrechtskonvention als völkerrechtlicher Vertrag . . . . .	92
(b)	Bindung der Europäischen Union und deren Mitgliedstaaten an die Europäische Menschenrechtskonvention . . . . .	92
aa)	Beitrittsversuch der Europäischen Union zur EMRK und Gutachten 2/13 des EuGH . . . . .	92
bb)	Anwendbarkeit von Art. 6 EMRK ohne Beitritt der Europäischen Union zur EMRK . . . . .	93
(2)	Vereinbarkeit mit den Regelungen der EMRK . . . . .	94
(a)	Grundsatz des unabhängigen und unparteiischen Zivilgerichtes aus Art. 6 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 EMRK . . . . .	94
(b)	Fairnessgebot aus Art. 6 Abs. 1 EMRK . . . . .	95
(c)	Bindung an Entscheidungen der Exekutiven und der Judikativen . . . . .	95
c)	Unschuldsvermutung . . . . .	96
d)	Zusammenfassung . . . . .	96
2.	Bindungswirkung von Entscheidungen der Kommission . . . . .	96
a)	Grundlagen der Bindungswirkung von Kommissionsentscheidungen . . . . .	96
(1)	Delimitis- und Masterfood-Entscheidung . . . . .	96
(2)	Regelung des Art. 16 Abs. 1 VO (EG) 1/2003 . . . . .	97
b)	Relevante Entscheidungen der Kommission . . . . .	98
(1)	Positive Feststellungsentscheidungen nach Art. 7 VO (EG) 1/2003 . . . . .	98
(2)	Einstweilige Maßnahmen nach Art. 8 VO (EG) 1/2003 . . . . .	99
(3)	Verpflichtungszusagen nach Art. 9 Abs. 1 VO (EG) 1/2003 . . . . .	99
(a)	Positive Feststellungswirkung . . . . .	99
(b)	Negative Feststellungswirkung . . . . .	100

(4)	Entscheidungen über die Nichtanwendbarkeit des europäischen Kartellrechts nach Art. 10 VO (EG) 1/2003 . . . . .	101
(a)	Negative Bindungswirkung . . . . .	101
(b)	Faktische positive Bindungswirkung . . . . .	102
c)	Umfang der Bindungswirkung . . . . .	102
(1)	Lediglich interessenschützende Teile der Entscheidung . . . . .	102
(2)	Bindung an Sachverhalt und Tenor der Entscheidung bei Kongruenz des Sachverhaltes . . . . .	103
(3)	Bindung an Rechtsauffassungen der Kommission und Recht zur Vorlage an den EuGH . . . . .	103
(4)	Kein Verstoß bei Klageabweisung trotz positiver Verstoßfeststellung durch die Europäische Kommission . . . . .	104
(a)	Bindungswirkung an Tatsachen und Rechtsansichten . . . . .	104
(b)	Bindung an die Frage des Verschuldens . . . . .	104
aa)	Zweistufigkeit bei Kommissionsentscheidungen . . . . .	105
bb)	Übertragbarkeit der Zweistufigkeit auf die Frage der Bindungswirkung . . . . .	105
(aa)	Kongruenz der Regelungen des § 33 Abs. 3 GWB und Art. 23 Abs. 2 VO (EG) 1/2003 als Maßstab der Bindungswirkung . . . . .	105
(bb)	Kongruenz bezüglich der kartellrechtswidrigen Handlung . . . . .	106
(cc)	Kongruenz bezüglich der Verschuldenszurechnung . . . . .	107
(dd)	Zusammenfassung . . . . .	107
3.	Bindungswirkung von Entscheidungen mitgliedstaatlicher Kartellbehörden . . . . .	107

a)	Bindungswirkung von Entscheidungen der mitgliedstaatlichen Wettbewerbsbehörden, in deren Zuständigkeitsgebiet die Schadensersatzklage erhoben wird . . . . .	108
(1)	Regelungsgehalt des Art. 9 Abs. 1 der Richtlinie 2014/104/EU . . . . .	108
(a)	Unwiderlegbare Feststellungswirkung von kartellbehördlichen Entscheidungen . . . . .	108
(b)	Keine Bindungswirkung bei Verstößen gegen rein nationales Kartellrecht . . . . .	109
(c)	Beschränkung auf positive und bestandskräftige Feststellungsentscheidungen . . . . .	109
(d)	Umfang der Bindungswirkung . . . . .	110
(e)	Vorlageberechtigung der nationalen Zivilgerichte . . . . .	110
b)	Bindungswirkung von Entscheidungen einer nationalen Wettbewerbsbehörde eines anderen Mitgliedstaates . . . . .	111
4.	Anwendung der Bindungswirkung auf die Frage des zivilrechtlichen Anspruchsggners . . . . .	111
V.	Zusammenfassung und Vorgaben für die Umsetzung durch die nationalen Gesetzgeber . . . . .	113
1.	Übertragbarkeit des europarechtlichen Unternehmensbegriffes ins nationale Kartellschadensersatzrecht . . . . .	113
2.	Maßgaben für die Umsetzung der Richtlinie ins nationale Recht . . . . .	113
a)	Kein Verweis auf Bindungswirkung von Kommissionsentscheidungen möglich . . . . .	113
b)	Kriterien für die Umsetzung der Richtlinie ins nationale Recht bezüglich der Haftung von wirtschaftlichen Einheiten . . . . .	113
<b>C.</b>	<b>Haftung von wirtschaftlichen Einheiten im englischen Law of Torts für Verstöße gegen europäisches Kartellrecht . . . . .</b>	<b>115</b>
I.	Schadensersatzrechtliche Anspruchsgrundlage für Verstöße gegen europäisches Kartellrecht . . . . .	115



1.	Fehlende gesetzliche Regelung im Competition Act 1998 vor Inkrafttreten des Enterprise Act 2002	115
2.	Eingeschränkter Regelungsgehalt des englischen Law of Contracts	116
3.	Anspruchsgrundlage aus dem allgemeinen Tort Law als Breach of Statutory Duty	117
4.	Spezialgesetzliche Anspruchsgrundlage des Competition Act 1998 nach Inkrafttreten des Enterprise Act 2002	119
II.	Prozessuale Zuständigkeit für Schadensersatzklagen	120
1.	Klagen vor dem Competition Appeal Tribunal (CAT)	120
a)	Zielsetzung der Schaffung eines Kartellspezialgerichtes	120
b)	Eingeschränkte Zuständigkeit des CAT	121
(1)	Zuständigkeit für Schadensersatzklagen basierend auf Section 47A Competition Act 1998	121
(2)	Weitere Zuständigkeiten des CAT als Revisionsinstanz	122
c)	Rechtsmittel gegen Entscheidungen des CAT	122
d)	Prozessführungsbefugnis und Postulationsfähigkeit	123
e)	Zusammensetzung des Entscheidungsgremiums	123
f)	Sitz des CAT und Verhandlungsorte	124
g)	Öffentlichkeitsprinzip	124
2.	Klagen vor dem High Court of Justice in England and Wales	124
a)	Allgemeine Zuständigkeit des High Court of Justice	124
b)	Gerichtssitz und Verhandlungsorte	125
c)	Interne Organisation und Gliederung nach Teilgerichten	125
(1)	Queen's Bench Division	126
(a)	Allgemeine Zuständigkeit	126
(b)	Untergliederung in weitere Teilgerichte	126
(2)	Chancery Division	126
(a)	Allgemeine Zuständigkeit	126

(b) Interne Gliederung und Unterteilung in weitere Teilgerichte . . . . .	126
(3) Family Division . . . . .	127
d). Zuständigkeit für Schadensersatzverfahren basierend auf einem Verstoß gegen englisches oder europäisches Kartellrecht . . . . .	127
e) Rechtsmittelinstanzen . . . . .	127
III. Rechtsträgerprinzip und gesellschaftsrechtliches Trennungsprinzip . . . . .	127
1. Gesetzliche Regelungen zum Rechtsträgerprinzip . . . . .	128
2. Die Entscheidung des House of Lords in <i>Salomon v Salomon</i> und das gesellschaftsrechtliche Trennungsprinzip . . . . .	129
a) Der Entscheidung zugrundeliegender Sachverhalt . . . . .	129
b) Rechtliche Würdigung durch die Instanzengerichte . . . . .	130
c) Rechtliche Würdigung durch das House of Lords . . . . .	131
3. Zusammenfassung über das Rechtsträgerprinzip und das gesellschaftsrechtliche Trennungsprinzip im englischen Haftungsrecht . . . . .	132
IV. Möglichkeiten der Haftung von wirtschaftlichen Einheiten im englischen Recht . . . . .	133
1. Haftung aufgrund eines Missbrauchs des gesellschaftsrechtlichen Trennungsprinzips . . . . .	133
a) Durchgriffshaftung unter Nutzung des englischen Law of Agency ( <i>Re Darby</i> -Entscheidung) . . . . .	133
(1) Der Entscheidung zugrunde liegender Sachverhalt . . . . .	134
(2) Rechtliche Würdigung durch den High Court . . . . .	134
(3) Implikationen für die Frage der Durchgriffshaftung im Kartellschadensersatzrecht . . . . .	135
b) Entwicklung eines allgemeinen Grundsatzes der Missbrauchshaftung . . . . .	135
(1) Anfänge einer strukturbedingten Missbrauchshaftung . . . . .	135

(a) Gilford Motor Co Ltd v Horne . . . . .	136
aa) Der Entscheidung zugrunde liegende Sachverhalt . . . . .	136
bb) Rechtliche Würdigung . . . . .	136
(aa) Rechtliche Würdigung durch den High Court . . . . .	136
(bb) Rechtliche Würdigung durch den Court of Appeal . . . . .	137
cc) Implikationen für die Frage der Durchgriffshaftung im Kartellschadensersatzrecht . . . . .	137
(b) Tunstall v Steigmann . . . . .	138
aa) Der Entscheidung zugrunde liegender Sachverhalt . . . . .	138
bb) Rechtliche Würdigung durch den Court of Appeal . . . . .	138
cc) Implikationen für die Frage der Durchgriffshaftung im Kartellschadensersatzrecht . . . . .	139
(c) Jones v Lipman . . . . .	139
aa) Der Entscheidung zugrunde liegender Sachverhalt . . . . .	139
bb) Rechtliche Würdigung durch den High Court . . . . .	140
cc) Implikationen für die Frage der Durchgriffshaftung im Kartellschadensersatzrecht . . . . .	140
(2) Von der legalistischen hin zu einer ökonomischen Betrachtung von Unternehmen . . . . .	141
(a) Holdsworth v Caddies . . . . .	141
(b) Scottish Co-operative v Meyer . . . . .	141
aa) Der Entscheidung zugrunde liegender Sachverhalt . . . . .	141
bb) Rechtliche Würdigung und Implikationen . . . . .	142
(3) Keine generelle Haftung aufgrund einer wirtschaftlichen Einheit . . . . .	142
(a) DHN Food v Tower Hamlets . . . . .	142

aa)	Der Entscheidung zugrunde liegender Sachverhalt . . . . .	143
bb)	Rechtliche Würdigung durch den Court of Appeal . . . . .	143
cc)	Implikationen für die Frage der Durchgriffshaftung im Kartellschadensersatzrecht . . . . .	144
(b)	Woolfson v Strathclyde Regional Council . . . . .	144
aa)	Der Entscheidung zugrunde liegender Sachverhalt . . . . .	145
bb)	Rechtliche Würdigung durch das House of Lords . . . . .	145
cc)	Implikationen für die Frage der Durchgriffshaftung im Kartellschadensersatzrecht . . . . .	146
c)	Grenzen der Missbrauchshaftung . . . . .	146
(1)	Abwendung von einer ökonomischen Betrachtung in Bank of Tokyo v Karoon . . . . .	146
(a)	Der Entscheidung zugrunde liegender Sachverhalt . . . . .	146
(b)	Rechtliche Würdigung durch das House of Lords . . . . .	147
(c)	Implikationen für die Frage der Durchgriffshaftung im Kartellschadensersatzrecht . . . . .	147
(2)	Obiter dictum in VTB Capital v Nutri-tek International . . . . .	148
(a)	Der Entscheidung zugrunde liegender Sachverhalt . . . . .	148
(b)	Rechtliche Würdigung durch den Supreme Court . . . . .	148
(c)	Implikationen für die Frage der Durchgriffshaftung im Kartellschadensersatzrecht . . . . .	149
d)	Zusammenfassung über die Möglichkeiten der Durchgriffshaftung nach dem Konzept der Missbrauchshaftung . . . . .	150

2.	Haftung aufgrund der Durchsetzung von übergeordneten Interessen (Daimler v Continental) . . . . .	151
	a) Zeitgeschichtliche Rahmenbedingungen der Entscheidung . . . . .	151
	b) Der Entscheidung zugrunde liegender Sachverhalt . . . . .	151
	c) Rechtliche Würdigung durch die englischen Gerichte . . . . .	152
	(1) Rechtliche Würdigung durch den Court of Appeal . . . . .	152
	(2) Rechtliche Würdigung durch das House of Lords . . . . .	153
	(3) Implikationen für die Frage der Durchgriffshaftung im Kartellschadensersatzrecht . . . . .	154
3.	Keine eigene Durchgriffshaftung aufgrund der Umgehung von gesetzlichen Pflichten (Adams v Cape) . . . . .	154
	a) Der Entscheidung zugrunde liegender Sachverhalt . . . . .	155
	b) Rechtliche Würdigung durch den Court of Appeal . . . . .	155
	c) Implikationen für die Frage der Durchgriffshaftung im Kartellschadensersatzrecht . . . . .	156
4.	Haftung aufgrund der Verletzung einer Organisationspflicht . . . . .	156
	a) Lubbe v Cape . . . . .	156
	(1) Der Entscheidung zugrunde liegender Sachverhalt . . . . .	156
	(2) Rechtliche Würdigung durch das House of Lords . . . . .	157
	(3) Implikationen für die Frage der Durchgriffshaftung im Kartellschadensersatzrecht . . . . .	157
	b) Chandler v Cape . . . . .	157
	(1) Der Entscheidung zugrunde liegender Sachverhalt . . . . .	157
	(2) Rechtliche Würdigung durch den High Court und den Court of Appeal . . . . .	158

5.	Insolvenzrechtliche Lösungen des Haftungsdurchgriffes . . . . .	158
	a) Rechtliche Grundlage . . . . .	158
	b) Williams v Natural Life Health Foods . . . . .	158
	(1) Der Entscheidung zugrunde liegender Sachverhalt . . . . .	159
	(2) Rechtliche Würdigung durch das House of Lords . . . . .	159
	c) Gesetzliche Regelungen . . . . .	160
	(1) Regelungen im Insolvency Act 1986 . . . . .	160
	(2) Regelungen im Companies Act 2006 . . . . .	161
	d) Implikationen für die Frage der Durchgriffshaftung im Kartellschadensersatzrecht . . . . .	161
6.	Zusammenfassung über die Möglichkeiten der allgemeinen Durchgriffshaftung . . . . .	162
V.	Lex specialis Durchgriffshaftung bei der Verletzung europäischen Kartellrechtes . . . . .	163
	1. Provimi v Aventis . . . . .	163
	a) Der Entscheidung zugrunde liegender Sachverhalt . . . . .	163
	b) Rechtliche Würdigung durch den High Court . . . . .	163
	2. Cooper Tire & Rubber v Shell Chemicals . . . . .	164
	a) Der Entscheidung zugrunde liegender Sachverhalt . . . . .	164
	b) Rechtliche Würdigung durch den High Court . . . . .	164
	3. Emerson Electric v Morgan Crucible . . . . .	165
	a) Der Entscheidung zugrunde liegender Sachverhalt . . . . .	165
	b) Rechtliche Würdigung durch den Court of Appeal . . . . .	166
	4. Implikationen für die Frage der Durchgriffshaftung im Kartellschadensersatzrecht . . . . .	167
VI.	Zusammenfassung über die Möglichkeit der Durchgriffshaftung bei Verstößen gegen europäisches Kartellrecht nach englischem Recht und die Vereinbarkeit mit Richtlinie 2014/104/EU . . . . .	168

<b>D. Haftung von wirtschaftlichen Einheiten im deutschen Schadensersatzrecht für Verstöße gegen europäisches Kartellrecht</b> . . . . .	169
<b>I. Schadensersatzrechtliche Anspruchsgrundlage für Verstöße gegen europäisches Kartellrecht und prozessuale Zuständigkeit</b> . . . . .	170
1. Die Entwicklung der kartellrechtlichen Schadensersatznorm im deutschen Recht . . . . .	170
a) Kartellverordnung von 1923 . . . . .	170
b) Alliiertes Dekartellisierungsgesetz von 1947 . . . . .	170
c) Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen von 1957 . . . . .	171
d) 7. GWB-Novelle von 2005 . . . . .	171
2. Anspruchsvoraussetzung für den kartellrechtlichen Schadensersatz . . . . .	172
a) Haftungsbegründende Anspruchsvoraussetzung . . . . .	172
(1) Verstoß gegen das Kartellrecht . . . . .	172
(2) Rechtswidrigkeit . . . . .	173
(3) Verschulden des Verletzers . . . . .	173
(a) Vorsatz . . . . .	173
(b) Fahrlässigkeit . . . . .	174
(4) Mitverschulden und insbesondere Schadensminderungspflicht . . . . .	176
(5) Praktische Relevanz . . . . .	176
b) Kausaler Schaden als haftungsausfüllende Anspruchsvoraussetzung . . . . .	177
(1) Schaden . . . . .	177
(a) Darlegungs- und Beweislast . . . . .	177
(b) Darlegungs- und Beweiserleichterung bei kartellrechtlichen Schadensersatzklagen . . . . .	177
aa) Schätzung der Schadenshöhe . . . . .	177
bb) Möglichkeit des Anscheinsbeweises . . . . .	178
(2) Kausalität . . . . .	178
3. Prozessuale Zuständigkeit . . . . .	179
a) Örtliche Zuständigkeit . . . . .	179
(1) Allgemeiner Gerichtsstand nach § 12 ZPO . . . . .	179
(2) Besonderer Gerichtsstand der unerlaubten Handlung nach § 32 ZPO . . . . .	179

	(3) Wahlmöglichkeit des Klägers nach § 35 ZPO . . . . .	180
	b) Sachliche Zuständigkeit . . . . .	180
	(1) Ausschließliche, streitwertunabhängige erstinstanzliche Zuständigkeit der Landgerichte . . . . .	180
	(2) Konzentrationsmöglichkeit nach § 89 GWB . . . . .	180
II.	Regelungen über den Anspruchsgegner des kartellrechtlichen Schadensersatzanspruchs im deutschen Recht . . . . .	182
	1. Rechtsträgerprinzip und gesellschaftsrechtliches Trennungsprinzip . . . . .	182
	a) Deliktsfähigkeit juristischer Personen . . . . .	182
	b) Deliktsfähigkeit wirtschaftlicher Einheiten . . . . .	183
	(1) Grundsatz der Passivlegitimation der Träger der wirtschaftlichen Einheit . . . . .	183
	(2) Kein allgemeiner Haftungsdurchgriff im deutschen Recht . . . . .	183
	(3) Kein spezieller Haftungsdurchgriff im Kartellrecht . . . . .	184
	2. Verschuldensprinzip . . . . .	185
	a) Bindungswirkung von Kommissionsentscheidungen . . . . .	185
	b) Bindungswirkung von Entscheidungen des Bundeskartellamtes . . . . .	185
III.	Möglichkeiten der Haftung von wirtschaftlichen Einheiten im deutschen Kartellprivatrecht de lege lata . . . . .	187
	1. Konzernrechtliche Lösungen . . . . .	187
	a) Gesamtschuldnerische Haftung bei Vorliegen eines Eingliederungskonzerns gemäß § 322 Abs. 1 S. 2 AktG . . . . .	187
	(1) Grundlagen und Struktur des aktienrechtlichen Eingliederungskonzerns . . . . .	188
	(2) Übertragung der aktienrechtlichen Haftung auf das Kartellrecht . . . . .	188
	(a) Akzessorietät der aktienrechtlichen Haftung . . . . .	188



	(b) Reichweite der aktienrechtlichen Haftung . . . . .	189
	(3) Zusammenfassung . . . . .	190
b)	Verlustübernahme der Muttergesellschaft innerhalb eines Vertragskonzerns nach § 302 Abs. 1 AktG . . . . .	190
	(1) Grundlagen und Struktur des Vertragskonzerns . . . . .	191
	(2) Übertragung der aktienrechtlichen Haftung auf das Kartellrecht . . . . .	191
	(3) Zusammenfassung . . . . .	191
c)	Haftung der Muttergesellschaft infolge einer Weisung an die Tochtergesellschaft bei Vorliegen eines Beherrschungsvertrages nach § 309 Abs. 1 AktG, insbesondere aufgrund einer existenzvernichtenden Weisung gemäß § 308 AktG . . . . .	192
	(1) Relevante Arten aktienrechtlicher Weisungen . . . . .	192
	(a) Weisungen mit Bezug zu kartellrechtswidrigem Verhalten . . . . .	193
	(b) Existenzvernichtende Weisungen nach § 308 AktG . . . . .	193
	(2) Konkreter Nachweis einer Weisung . . . . .	194
	(3) Zusammenfassung . . . . .	194
d)	Haftung der Muttergesellschaft im qualifiziert faktischen Konzern . . . . .	195
	(1) Grundlagen und Struktur des qualifiziert faktischen Konzerns . . . . .	195
	(a) Der faktische Konzern als tatsächliches Phänomen . . . . .	195
	(b) Der qualifiziert faktische Konzern als Weiterentwicklung des faktischen Konzerns . . . . .	195
	(2) Haftungsregime im qualifiziert faktischen Konzern . . . . .	197
	(3) Zusammenfassung . . . . .	197
e)	Zusammenfassung konzernrechtlicher Lösungen . . . . .	198

2.	Haftung der einzelnen Gesellschaften als Gesellschafter einer GbR nach § 705 BGB i. V. m. § 31 BGB und § 128 HGB analog . . . . .	198
a)	Bildung einer Konzern-GbR . . . . .	199
	(1) Zulässigkeit der Bildung einer Konzern-GbR . . . . .	199
	(2) Außen-GbR als Voraussetzung für eine Haftung . . . . .	200
	(3) Auch keine Übertragbarkeit auf wirtschaftliche Einheiten . . . . .	200
b)	Bildung einer Kartell-GbR . . . . .	200
3.	Deliktsrechtliche Haftung der Muttergesellschaft für kartellrechtliche Verstöße der Tochtergesellschaft als Verrichtungsgehilfe über § 831 Abs. 1 BGB . . . . .	201
a)	Ausrichtung des § 831 Abs. 1 BGB auf natürliche Personen . . . . .	201
b)	Zusammenfassung . . . . .	202
4.	Mittäterschaftliche Lösung über § 33 Abs. 3 GWB i. V. m. § 840 Abs. 1 BGB . . . . .	202
a)	Gemeinsamer Kartellverstoß . . . . .	203
	(1) Feststellungswirkung von Kommissionsentscheidungen . . . . .	203
	(2) Feststellungswirkung von Entscheidungen nationaler Kartellbehörden . . . . .	203
b)	Verschulden . . . . .	204
	(1) Feststellungswirkung der kartellbehördlichen Entscheidung . . . . .	204
	(a) Bindungswirkung an Entscheidungen der Europäischen Kommission . . . . .	205
	aa) Umfassende Bindungswirkung für nationale Zivilgerichte auch bezüglich Verschuldens . . . . .	205
	bb) Keine umfassende Bindungswirkung insbesondere im Hinblick auf das Verschulden . . . . .	205
	(b) Bindungswirkung an Entscheidungen nationaler Kartellbehörden . . . . .	206

aa)	Lediglich Bindung an Tatsachenfeststellungen . . . . .	206
bb)	Ausdehnung auf Kronzeugen . . . . .	207
(c)	Zusammenfassung . . . . .	207
(2)	Eigenes Verschulden in Form einer Aufsichtspflichtverletzung . . . . .	207
(a)	Pflichtverletzung nach § 130 Abs. 1 OWiG . . . . .	207
aa)	Kein eigener Pflichtenmaßstab des § 130 Abs. 1 OWiG . . . . .	208
bb)	Fehlendes Compliance- und Überwachungssystem . . . . .	208
(aa)	Transportbeton-Vertriebsentscheidung des Bundesgerichtshofs und Praxis des Bundeskartellamtes . . . . .	208
(bb)	Keine Übertragung der von der Kommission entwickelten Grundsätze zur Haftung wirtschaftlicher Einheiten . . . . .	209
(cc)	Allein Tochterunternehmen als Adressat betriebsbezogener Pflichten . . . . .	209
(b)	Analoge Anwendung auf zivilrechtliche Sachverhalte . . . . .	210
(3)	Verschuldenszurechnung . . . . .	211
(a)	Direkte Zurechnung über Art. 101 f. AEUV . . . . .	211
(b)	Zurechnung über § 278 BGB . . . . .	211
(c)	Zurechnung basierend auf der Meisterei-Zentrale-Entscheidung des Bundesgerichtshofs . . . . .	212
(d)	Zurechnung über § 36 Abs. 2 GWB analog . . . . .	212
aa)	Geltung von § 36 Abs. 2 GWB über die Fusionskontrolle hinaus . . . . .	212
bb)	Wissens- und Handlungszurechnung innerhalb des Konzerns . . . . .	213

cc)	Über das europarechtlich geforderte Maß hinausgehende Regelung . . . . .	213
dd)	Sinn und Zweck der Regelung des § 36 Abs. 2 GWB . . . . .	213
ee)	Zusammenfassung . . . . .	213
(e)	Zusammenfassung . . . . .	214
c)	Zusammenfassung mittäterschaftliche Lösung . . . . .	214
5.	Zusammenfassung der Haftung de lege lata . . . . .	215
IV.	Haftung von wirtschaftlichen Einheiten de lege ferenda nach Umsetzung der Richtlinie 2014/104/EU . . . . .	216
1.	Umsetzung der europarechtlichen Vorgaben in das nationale Schadensersatzrecht . . . . .	216
a)	Regelung des § 840 Abs. 1 BGB als Ausgangspunkt der Umsetzung . . . . .	216
b)	Schaffung einer spezialgesetzlichen Zurechnungsnorm . . . . .	217
(1)	Lediglich Zurechnung des Verschuldens erforderlich . . . . .	217
(2)	Anknüpfung an das bestehende Schadensersatzregime . . . . .	218
(a)	Schaffung einer Regelung im GWB . . . . .	218
(b)	Keine verschuldensunabhängige Haftung . . . . .	219
c)	Vorschlag für eine Umsetzung ins nationale Recht . . . . .	219
(1)	Formulierungsvorschlag . . . . .	219
(2)	Begründung . . . . .	219
(a)	Keine wesentlichen Änderungen im bestehenden Haftungsregime . . . . .	219
(b)	Anlehnung an allgemeines zivilrechtliches Haftungsregime . . . . .	220
(c)	Beschränkung auf eine Anwendbarkeit im Rahmen des § 33 GWB . . . . .	220
(d)	Keine Definition der wirtschaftlichen Einheit . . . . .	221
2.	Schuldrechtliche Möglichkeit der Haftungsbegrenzung . . . . .	222

a)	Haftungsbegrenzung durch Vereinbarung mit dem Geschädigten . . . . .	222
	(1) Grundsätzliche Zulässigkeit einer haftungsbegrenzenden Vereinbarung . . . . .	222
	(2) Rechtliche Schranken der Zulässigkeit . . . . .	223
	(a) Unzulässigkeit von vor dem schädigenden Ereignis getroffenen Vereinbarung . . . . .	223
	(b) Unzulässigkeit nach Art. 101 Abs. 2 AEUV für Vereinbarungen im Rahmen einer Kartellabsprache . . . . .	223
	(3) Zulässigkeit eines Erlassvertrages . . . . .	223
b)	Haftungsbegrenzung durch Abschluss eines Stimmbindungs- oder Entherrschungsvertrages	224
	(1) Aktienrechtliche Regelungen . . . . .	224
	(a) Regelungsgehalt eines aktienrechtlichen Stimmbindungs- und Entherrschungsvertrages . . . . .	224
	(b) Aktienrechtliche Relevanz . . . . .	225
	(2) Übertragbarkeit auf das Kartellrecht . . . . .	227
	(a) Kongruenz zwischen aktienrechtlichem und kartellrechtlichem Abhängigkeitsbegriff . . . . .	227
	(b) Entscheidungsmöglichkeit des Mehrheitsgesellschafters über Entherrschungsvertrag . . . . .	228
	(c) Verhältnis zwischen § 36 GWB und Art. 101 f. AEUV . . . . .	229
	aa) Keine Wirkung des § 36 GWB auf Unternehmensbegriff nach Art. 101 f. AEUV . . . . .	229
	bb) Kongruenz zwischen den Kriterien des § 36 GWB und dem Unternehmensbegriff nach Art. 101 f. AEUV . . . . .	229
	(d) Keine Anwendbarkeit bei hundertprozentiger Beteiligung . . . . .	230
	(e) Anwendbarkeit bei weniger als hundertprozentiger Beteiligung . . . . .	230

<b>E. Zusammenfassung und Ausblick</b> . . . . .	233
<b>F. Thesen</b> . . . . .	239
<b>Anhang</b> . . . . .	243
<b>I. Competition Act 1998 (Auszug)</b> . . . . .	243
1. In der Fassung nach Inkrafttreten des Enterprise Act 2002 am 7.11.2002 und vor Inkrafttreten des Consumer Rights Act 2015 am 1.10.2015 . . . . .	243
2. In der Fassung nach Inkrafttreten des Consumer Rights Act 2015 am 1.10.2015 . . . . .	249
<b>II. Enterprise Act 2002 (Auszug)</b> . . . . .	253
<b>III. Companies Act 1862 (Auszug i.d.F. v. 7.8.1862)</b> . . . . .	254
<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	257
<b>Rechtsprechungsverzeichnis</b> . . . . .	287
<b>I. Europäische Gerichte</b> . . . . .	287
1. Europäischer Gerichtshof . . . . .	287
2. Gericht erster Instanz . . . . .	291
3. Schlussanträge der Generalanwälte am Europäischen Gerichtshof . . . . .	293
<b>II. Englische Gerichte</b> . . . . .	294
1. House of Lords / Supreme Court . . . . .	294
2. Court of Appeal . . . . .	295
3. High Court of England and Wales . . . . .	295
4. Competition Appeal Tribunal . . . . .	296
<b>III. Deutsche Gerichte</b> . . . . .	297
1. Bundesverfassungsgericht . . . . .	297
2. Reichsgericht / Bundesgerichtshof . . . . .	297
3. Oberlandesgerichte . . . . .	299
4. Landgerichte . . . . .	301
<b>IV. Sonstige Gerichte und Behörden</b> . . . . .	301
1. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte . . . . .	301
2. Europäische Kommission . . . . .	302
3. Bundeskartellamt . . . . .	302
4. Sonstige Gerichte und Behörden . . . . .	303